ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Kemfert, Claudia

Article

Energieimporte aus Russland sind nicht alternativlos

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:
German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Kemfert, Claudia (2022) : Energieimporte aus Russland sind nicht alternativlos, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 89, Iss. 11, pp. 184-,
https://doi.org/10.18723/diw_wb:2022-11-3

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/252289

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

CLAUDIA KEMFERT

Energieimporte aus Russland sind nicht alternativlos

Claudia Kemfert ist Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt im DIW Berlin.
Der Kommentar gibt die Meinung der Autorin wieder.

Ja, es ist richtig: Deutschland ist sehr abhängig von fossilen Energien aus Russland. Wir importieren über 50 Prozent unseres fossilen Erdgases, über 30 Prozent des Öls und über 50 Prozent der Steinkohle aus Russland. Aber: Russland hat kein Monopol. Für Steinkohle gibt es leicht verfügbare, alternative Lieferanten, etwa Südafrika oder Kolumbien. Auch Öl ist derzeit auf dem Weltmarkt nicht knapp. Die OPEC kann ihre Förderquoten erhöhen, die USA werden das sicher auch tun. Nur beim Gas ist es komplizierter, aber auch hier ist russisches Erdgas nicht alternativlos: Zwar können viele Förderländer wie Norwegen ihre Fördermengen kaum erhöhen, dennoch können wir durch Anpassungen mehr Gas aus Norwegen oder Holland importieren. Und ein anderer Teil kann mittels Flüssigerdgas (LNG) beispielsweise aus Katar oder den USA nach Europa transportiert werden.

Ja, richtig ist auch: Ein Importstopp kostet Geld. Doch die derzeit steigenden Preise an der Tanksäule oder auf der Heizungsrechnung sind vor allem der Preis der verschleppten Energiewende. Teil einer entschlossenen Energiewende hätte nämlich ein Fokus auf konsequentem Energiesparen sein müssen. Seit Jahrzehnten verschwenden wir Energie, indem wir sie ineffizient verbrennen. Ob in der Industrie, im Gebäudesektor oder im Verkehr – es gäbe tausende Möglichkeiten, Energie zu sparen, ohne auf irgendeine Leistung zu verzichten. In punkto Energieeffizienz sind erneuerbare Energien unschlagbar; wir haben nur versäumt, rechtzeitig auf sie umzusteigen. Deswegen sind wir nun von stetig teureren fossilen Energien abhängig. Niemand kann sagen, er oder sie hätte das nicht gewusst.

Aber: Wir können auch jetzt die Energiekosten reduzieren, indem wir endlich unseren Verbrauch drosseln. Das muss nicht mal unsere Lebensqualität mindern. Statt „Spritpreisbremsen" brauchen wir „Verschwendungsbremsen". Warum starten wir nicht sofort eine Energiesparkampagne? Der autofreie Sonntag aus den 1970ern zur Bewältigung der Ölkrise ist der älteren Generation sehr positiv im Gedächtnis. Und im Netz kursieren bereits Slogans wie „Tempo 100 für eine freie Ukraine!" oder „1 Grad weniger ist Feuer unter Putins Hintern!".

Sicher, wenn wir Putin jetzt für sein aggressives und menschenverachtendes Verhalten durch einen Stopp möglichst aller Geschäftsbeziehungen aus der Weltgemeinschaft und unserer globalen Wirtschaft ausschließen wollen, steigen die Öl- und Gaspreise zusätzlich. Aber das tun sie sowieso. Denn die Öl- und Gaspreise steigen aufgrund von Russlands Krieg, nicht aufgrund eines (lediglich antizipierten) Importstopps. Sollte es einen geben, das zeigen jüngste Studien, könnte das zwischen 0,3 und drei Prozent des deutschen Bruttosozialprodukts kosten. Das tut weh, keine Frage. Aber selbst, wenn wir aus Sorge um die wirtschaftlichen Folgen einen Importstopp ausschließen, wäre es umso wahrscheinlicher, dass Putin seinerseits die Gas- und Öllieferungen stoppt. Schließlich weiß er spätestens dann, wie sehr er uns damit treffen würde. Wir müssen uns also ohnehin darauf vorbereiten. Ein proaktives Embargo wäre ein sehr souveräner Akt der Selbstverteidigung, bei dem wir die Handlungshoheit über den Zeitpunkt bewahren.

Ohne Frage würde das starke soziale Verwerfungen mit sich bringen. Die Preisexplosion bei fossilen Energien belastet Wirtschaft und private Haushalte schon jetzt. Vor allem Menschen mit niedrigen Einkommen und wenig Vermögen werden die steigenden Preise schmerzlich spüren. Wir müssen einkommensschwachen Haushalten helfen, ihre Heizkosten zu bezahlen, den ÖPNV billiger machen, ein Mobilitätsgeld bezahlen. Eine einkommensunabhängige und auf Umweltschutz ausgerichtete Mobilitätsprämie für alle statt einer Erhöhung der Pendlerpauschale hilft allen, nicht nur einkommensstarken VielfahrerInnen. Eine E-Auto-Quote samt Ausbau der Ladeinfrastruktur ist überfällig. Wir brauchen ein Mitmachprogramm, um Energie einzusparen. Alles andere können wir uns nicht leisten!

Dieser Kommentar ist in einer längeren Version am 11. März in Zeitungen des Redaktionsnetzwerks Deutschland (RND) erschienen.

 DOI: https://doi.org/10.18723/diw_wb:2022-11-3

IMPRESSUM

DIW BERLIN

DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
www.diw.de
Telefon: +49 30 897 89–0 Fax: –200
89. Jahrgang 16. März 2022

Herausgeberinnen und Herausgeber
Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder; Prof. Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion
Sabine Fiedler

Lektorat
Fabian Seyrich

Redaktion
Prof. Dr. Pio Baake; Marten Brehmer; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck; Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Sebastian Kollmann; Sandra Tubik; Kristina van Deuverden

Vertrieb
DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung
Roman Wilhelm, Stefanie Reeg, Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv
© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz
Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck
USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)
Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter unter **www.diw.de/newsletter**